

Zusammenhalt, Nachhaltigkeit, Sicherheit

Gemeinsam Brandenburg neu denken

Ergebnisse der Sondierung SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen

(19.09.2019)

30 Jahre nach der Friedlichen Revolution befindet sich Brandenburg in einem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel. Globalisierung, Erderwärmung, Demografie und Digitalisierung stellen auch unsere Heimat vor große Herausforderungen. Viele finden sich damit gut zurecht, manchen verändert sich unser Land zu schnell, anderen hingegen geht es nicht schnell genug.

Wir wollen diesen Wandel aktiv gestalten und Sicherheiten schaffen: soziale Sicherheit, innere Sicherheit und Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Wir wollen scheinbar unvereinbare Gegensätze zwischen sozialem Fortschritt, ökonomischer Vernunft und ökologischer Nachhaltigkeit versöhnen und zu einer gemeinsamen Politik verbinden. Mit unserem breiten politischen Bündnis wollen wir das vielfältige Brandenburg in Zeiten der rasanten Veränderungen zusammenhalten und das Fundament für unsere offene Gesellschaft und die wehrhafte Demokratie bewahren.

Wir wollen beweisen, dass Politik Gestaltungskraft hat und einen Politikstil leben, der neue Maßstäbe setzt: Beteiligung und Transparenz der Entscheidungsfindung und mehr Dialog mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern. SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen haben sich deshalb in Sondierungen auf die folgenden ersten Punkte verständigt. Diese und weitere Themen werden in den Koalitionsverhandlungen vertieft.

1. Landesentwicklungsplan und Entwicklung der Regionen/Europa

Entwicklung der Regionen

Die Sondierungsparteien bekennen sich zum regionalen Zusammenhalt in Brandenburg und zur Sicherung und Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Entsprechend den Empfehlungen der Enquete-Kommission 6/1 der vergangenen Legislaturperiode vereinbart die Koalition eine ressortübergreifende, den Gesamttraum abdeckende Regionalentwicklungsstrategie („Strukturpolitik aus einem Guss“). Dabei bekennen wir uns ausdrücklich zu einer aktiven Strukturpolitik der Landesregierung in der Lausitz und allen anderen Regionen und werden im Koalitionsvertrag konkrete Maßnahmen vereinbaren wie z.B. Heimateuro bzw. Heimatscheck, Ortsteilbudget sowie soziale Dorfentwicklung. Dazu gehört aktiv zu bündeln, was an Instrumenten bereitsteht, Berlin und Brandenburg zusammenzudenken und eine Koordination zwischen regionaler und landespolitischer Ebene. Wir setzen dabei in erster Linie auf die Stärkung lokaler Strukturen und ermöglichen es, Entscheidungen vor Ort zu treffen.

Landesentwicklungsplan

Wir stimmen darin überein, dass eine strategische Landesentwicklung etabliert wird. Der Landesentwicklungsplan wird ein Jahr nach seinem Inkrafttreten evaluiert und im Hinblick auf die Ergebnisse angepasst.

Europa

Für die Sondierungsparteien ist klar, dass Brandenburg auch in Zukunft eine wichtige Brückenfunktion in Europa hat und Verantwortung für die Zukunft Europas trägt. Wir wollen den Austausch und die Zusammenarbeit vor allem mit dem Nachbarland Polen, mit den Staaten Ostmitteleuropas und im nördlichen Ostseeraum intensiv fortsetzen. Den Austausch von Jugendlichen, Azubis und Studierenden wollen wir weiter fördern. In Brüssel wollen wir mit einer starken Stimme für die Interessen des Landes Brandenburg auftreten.

2. Bildung, Kita und Wissenschaft

Bildung

Jedes Kind in Brandenburg muss Zugang zu guter Bildung haben. Die Sondierungsparteien wollen Aufstieg durch Bildung ermöglichen. Dafür müssen wir in die Qualität der Schulen investieren. Eine große Herausforderung wird darin bestehen, auch in Zukunft gut ausgebildete Lehrkräfte für die Schulen im Land zu gewinnen. Gleichzeitig wollen wir auch kleinere Schulen im ländlichen Raum erhalten.

In den Koalitionsverhandlungen wird eine Verständigung über die Notengebung angestrebt. Die Sondierungsparteien wollen die Inklusion und das gemeinsame Lernen schrittweise ausbauen und personell angemessen stärken. Um Eltern auch in Zukunft die Wahlmöglichkeit offenzuhalten, soll ein Netz von Förderschulen sichergestellt werden. Alle Schülerinnen und Schüler sollen die Möglichkeit erhalten, den ersten allgemeinbildenden Abschlusses (Berufsbildungsreife –BBR) zu erwerben.

Die Sondierungsparteien sind sich einig darin, dass die Freien Schulen einen erheblichen Stellenwert im Brandenburger Schulsystem einnehmen. In einem transparenten Prozess zwischen den Trägern der Freien Schulen und der Landesregierung soll Einvernehmen über die kalkulatorischen Grundlagen der künftig erforderlichen Finanzierung hergestellt werden.

Kita

Im Zuge der Koalitionsverhandlungen wird ein Zeitplan für die Beitragsfreiheit Kita und Hort erarbeitet. Gleichzeitig wird eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels und anderer Qualitätsverbesserungen angestrebt. Die Sondierungsparteien sind sich einig, dass zeitnah mit der Novellierung des Kita-Gesetzes begonnen wird.

Wissenschaft

Die Sondierungsparteien sehen in Brandenburg eine leistungsfähige Hochschul- und Forschungslandschaft. Die Hochschule sollen auch in Zukunft ein zentraler Ort der Fachkräftegewinnung und des Innovations- und Wissenstransfers sein. Dafür ist es wichtig, dass sie verstärkt in allen Regionen des Landes wirken können. Gerade in den Bereichen Digitalisierung und Gesundheit sehen wir auch neue Aufgabe für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Wir werden Wissenschaft und Forschung entsprechend finanziell ausstatten.

3. Klimapolitik und Energie

Klimapolitik

Die künftige Koalition wird Klimaschutz und Erhalt der Biologischen Vielfalt zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen. Die Sondierungsparteien erkennen die Notwendigkeit einer intensiven Klimaschutz- und -anpassungspolitik. Hierzu sollen in den Koalitionsverhandlungen Eckpunkte eines Klimaplanes für Brandenburg festgelegt werden. Neben Energie, Wohnen und Verkehr sollen dabei besonders Klimaanpassungsstrategien für die Landwirtschaft, der Landschaftswasserhaushalt, Waldumbau und die Moorrevitalisierung im Fokus stehen. Die Sondierungsparteien sehen eine aktive Klimaschutz- und -anpassungspolitik als große Chance für die Landesentwicklung. Den Nachhaltigkeitsbeirat des Landes werden wir wieder einrichten und die Nachhaltigkeitsstrategie überarbeiten. Die Sondierungsparteien

bekennen sich zu den Zielen und zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens und der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes.

Energie

Seit Jahrzehnten ist die Kohle wesentlicher Bestandteil der sicheren Energieversorgung in Brandenburg. Sie hat zudem einen entscheidenden Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Bundeslandes. Die Braunkohlewirtschaft hat insbesondere die Energieregion Lausitz über Generationen wirtschaftlich, sozial und kulturell entscheidend geprägt und trägt zur dortigen Identität bei. Zugleich hat sie den dort lebenden Menschen viel abverlangt.

Die für einen erfolgreichen Klimaschutz notwendige schrittweise Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung ist eine historische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie kann nur dann erfolgreich und mit Vorbildfunktion gelingen, wenn eine Reihe von Anforderungen in Einklang gebracht wird. Dazu zählen der Erhalt und die Schaffung neuer guter, tarifvertraglich abgesicherter Arbeitsplätze in der Region, die sichere und bezahlbare Versorgung mit Strom und Wärme zu jedem Zeitpunkt sowie der Erhalt und die Weiterentwicklung des Kohlereviers zu einer weiterhin lebenswerten und attraktiven Region.

Unser Ziel ist, die Lausitz zur erfolgreichen Modellregion für Strukturwandel und Strukturentwicklung weiterzuentwickeln. Dazu gehört, dass sie eine starke Energieregion bleibt. Grundlage dafür ist für uns das Ergebnis der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (WSB). Dieses sieht den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis Ende des Jahres 2038, wenn die Rahmenbedingungen entsprechend sind auch schon 2035, und Revisionsklauseln vor. Dementsprechend wird es auch keine neuen Tagebaue, keine Tagebauerweiterung und keine Umsiedlung von Dörfern mehr geben.

Den ersten von der WSB-Kommission vorgeschlagenen „Checkpoint“, d.h. die Prüfung der Entscheidungen im Lichte der weiteren Entwicklung im Jahr 2023 wird die Koalition intensiv begleiten. Dabei werden der dann erreichte Stand der Strukturentwicklung in der Lausitz, die Sicherstellung der Energieversorgung und die Energiepreise die Grundlage sein.

Die Sondierungsparteien fordern die Bundesregierung auf, das Anpassungsgeld (APG) für die vom Kohleausstieg betroffenen Beschäftigten zu verhandeln. Das darf nicht zu Lasten der den Ländern zugesagten Mittel für Strukturentwicklung gehen.

Das Strukturstärkungsgesetz ist die Voraussetzung für einen gelingenden Strukturwandel in der Lausitz. Die Sondierungsparteien erwarten die von der Bundesregierung zugesagte 1:1 Umsetzung der Ergebnisse der WSB-Kommission. Strukturstärkungsgesetz und Kohleausstiegsgesetz sind gemeinsam zu betrachten. Die Sondierungsparteien erwarten, dass die Bundesregierung den Entwurf für ein Kohleausstiegsgesetz möglichst schnell vorlegt.

Die Sondierungsparteien bekennen sich - unter Beachtung der Umweltauflagen - zur geordneten Fortführung des Tagebaus Jänschwalde gemäß Braunkohleplan.

Gerade für die Lausitz als Energieregion, aber auch darüber hinaus, wird der weitere Ausbau Erneuerbarer Energien eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen daher die Bundesgesetzgebung so ändern, dass Industrieunternehmen regional erzeugten Strom zukünftig auch selbst nutzen oder vor Ort direkt vermarkten können. Um die in der Energiestrategie des Landes vorgesehenen 10.500 MW an installierter Windleistung in den kommenden Jahren zu erreichen, setzen wir vor allem auf Repowering durch effizientere Anlagen, ohne die mancherorts bei den ersten Anlagen erfolgten Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. In den Koalitionsverhandlungen werden die Empfehlungen für Mindestabstände überprüft.

Die Sondierungsparteien wollen die betroffenen Kommunen bei der Planung über die regionalen Planungsgemeinschaften hinaus stärken beteiligen sowie dafür sorgen, dass das Geld auch in den

betroffenen Orten bleibt. Weitere Maßnahmen zur Steigerung der Akzeptanz gerade in Hinblick auf die Standorte werden wir in den Koalitionsverhandlungen beraten.

Wir werden sowohl aus wirtschaftspolitischen als auch aus ökologischen Gründen die Power-to-X Technologie und den Energieträger Wasserstoff besonders fördern. Dabei soll Brandenburg zu einer Wasserstoff-Vorzeigeregion entwickelt werden. Auch andere Technologien werden im Sinne einer Innovations- und Forschungsoffensive in der Lausitz gefördert und gestärkt.

4. Gute Arbeit

Vergabemindestlohn 13 €/ Tariftreue

Die Sondierungsparteien sind sich einig, dass die Lohnuntergrenze bei öffentlichen Vergaben in Brandenburg möglichst rasch auf zunächst 13 Euro erhöht wird. Zudem wird nach Umsetzung der Entsenderichtlinie ins deutsche Recht die Möglichkeit geprüft werden, eine Tariftreueklausel und die Anwendung von ILO-Normen und ökologische Kriterien im Brandenburger Vergabegesetz zur Voraussetzung für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen zu machen. Die Wertgrenzen für die Vergabe sowie die Grenze für die Anwendung des Vergabemindestlohns werden überprüft und dabei die Aspekte Schutz der Beschäftigten, Bürokratiebelastung der Unternehmen sowie Aufwand für die Kommunen berücksichtigt werden.

Wirtschaft und Industrie

Die Sondierungsparteien bekennen sich dazu, dass Industrieunternehmen und Handwerksbetriebe die Eckpfeiler unserer Wirtschaft sind und die Basis für den Wohlstand unseres Landes bilden. Handwerk und Mittelstand sollen deutlich gestärkt und von Bürokratie entlastet werden. Die Meisterausbildung soll durch Prämien oder Entlastungen deutlich an Attraktivität gewinnen.

Die Sondierungsparteien werden das Konzept der „Regionalen Wachstumskerne“ und die Clusterpolitik weiterentwickeln. Um vorhandene Industriearbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, wollen wir gezielt neue Industrieparks entwickeln.

Zentrale Herausforderungen der Brandenburger Wirtschaft sind die Gewinnung von Fachkräften, die Organisation von Unternehmensnachfolgen sowie die Digitalisierung. Wir werden die Unternehmen insbesondere in diesen Bereichen unterstützen und fördern.

5. Inneres

Zivilgesellschaftliches Engagement und politische Kultur

Eine demokratische Gesellschaft lebt von der Anerkennung gemeinsamer Grundwerte und von einem respektvollen Miteinander. Wo in Zeiten des Wandels Verunsicherung wächst, politische Entscheidungsprozesse nicht mehr nachvollzogen und die Geltung des Rechts in Frage gestellt werden, ist dies ein Nährboden für Populismus, Hass und Extremismus in all seinen Erscheinungsformen - oft verstärken sich diese Phänomene und Verunsicherungen noch gegenseitig.

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und gruppenbezogene Ressentiments haben auch in Brandenburg zugenommen. Die Zahl rechter Gewalttaten in Brandenburg verharrt auf hohem Niveau. Dem wollen wir uns mit aller Entschiedenheit entgegenstellen. Politische Bildung nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein. Aufbauend auf dem Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg werden wir die zivilgesellschaftlichen Akteure im Land weiter stärken.

Für die Sondierungsparteien steht außer Frage: Brandenburg braucht auch in Zukunft eine starke Zivilgesellschaft, das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen sowie den aktiven Einsatz für die Gleichberechtigung aller Geschlechter und für die Vielfalt aller Menschen.

Die Sondierungsparteien wollen mehr Beteiligung und Transparenz auf allen Ebenen und damit mehr Mitwirkungschancen ermöglichen. Deshalb werden wir neue Dialogstrukturen und eine direktere Kommunikation zwischen Bevölkerung und Landesregierung etablieren.

Polizei und Justiz

Die Sondierungsparteien legen die Zielzahl für die Polizei auf mindestens 8.500 Stellen fest. Dazu sind Spezialausbildungen zu stärken und die Qualitätssicherung der Ausbildung zu gewährleisten. In den Koalitionsverhandlungen wird über die Ausgestaltung der namentlichen Kennzeichnungspflicht und einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle gesprochen. Für die Dauer der Wahlperiode ist eine umfassende Novellierung des Polizeigesetzes und des Verfassungsschutzgesetzes nicht geplant.

Die Sondierungsparteien sind sich einig, dass ein funktionierender Rechtsstaat eine funktionierende Rechtsprechung braucht. Daher wollen wir die Bearbeitungszeit von neu eingegangenen Gerichtsverfahren verkürzen und gerichtliche Altverfahren schnell abbauen. Dafür werden wir die Gerichte und Staatsanwaltschaften entsprechend personell ausstatten.

Integration und Asyl

Brandenburg ist ein weltoffenes und solidarisches Land. Menschen, die schutzbedürftig sind, finden in Brandenburg Hilfe. Für eine erfolgreiche Integration von geflüchteten Menschen sind für uns vor allem das Erlernen der deutschen Sprache und die Aufnahme von Ausbildung und Arbeit entscheidend. Wir wollen, dass allen Geflüchteten direkt nach Ankunft in Brandenburg Angebote zum Spracherwerb unterbreitet werden. Auch Asylsuchende, über deren Asylantrag noch nicht entschieden wurde, sollen Deutsch- und Integrationskurse besuchen können.

Wir wollen das Landesaufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge in der Legislaturperiode weiterführen. Die Sondierungsparteien bekennen sich zur Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlingen in Kooperation mit dem Bund.

Im Sinne des humanitären Flüchtlingsschutzes planen wir ein Aufnahmekontingent im Rahmen des UNHCR-Resettlement-Programms sowie in Absprache mit den Landeskirchen für verfolgte Christinnen und Christen.

Unter Beachtung der bundesrechtlichen Regelungen soll die Aufenthaltsdauer in der ZABH 6 Monate nicht überschreiten. Ein Landesprogramm zur freiwilligen Rückkehr, wie es auch in anderen Bundesländern existiert, wird geprüft.

Brandenburg braucht Zuwanderung, um ein wirtschaftlich und sozial erfolgreiches Land zu bleiben. Viele Brandenburger Unternehmen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge suchen heute schon dringend Arbeits- und Fachkräfte. Das vom Bund beschlossene Fachkräfteeinwanderungsgesetz sowie das Gesetz über Duldung bei Ausbildungs- und Beschäftigung werden wir mit möglichst einfachen Verfahren umsetzen, damit gut integrierte Geduldete einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten. Die Spielräume auf Landesebene (Ausbildungsduldung, Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration und bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden) werden wir weiter ausschöpfen. Die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen wird beschleunigt.

Flüchtlinge und Asylsuchende, bei denen die Verfahren ergeben, dass sie nicht in Deutschland bleiben können, müssen das Land verlassen.

Wird ein Asylantrag abgelehnt und gibt es keinen weiteren Grund, der eine Rückkehr ausschließt, hat für uns immer die freiwillige Rückkehr Vorrang vor Abschiebungen.

Die Anordnung von Abschiebehafthaltung kann nur ultima ratio sein. Die Zusammenarbeit mit anderen Ländern zur Nutzung von Abschiebehafthaltungspunkten wird fortgeführt. Sollten dokumentiert keine Kapazitäten mehr zur Verfügung stehen, wird die Koalition über weitere Maßnahmen beraten. Priorität hat für uns die

Sicherstellung der Abschiebung von Gefährdern. Hier nutzten wir die vorhandenen Kapazitäten der Unterbringung in bestehenden Gewahrsamseinrichtungen wie im Nachbarland Berlin im Wege der Amtshilfe. Um straffällig gewordene Ausländer, die ausreisen müssen, direkt aus der Strafhaft abschieben zu können, sowie für Intensivstrafäter richten wir eine Task Force ein, mit der Vollzugsdefizite behoben werden.

Kommunales

Kommunale Selbstverwaltung ist die Basis, um die Entwicklungschancen in den Städten und Gemeinden zu fördern. Die Kommune ist die Keimzelle gelebter Demokratie. Die Sondierungspartner sind sich einig, gemeinsame Leitlinien zur Kooperation und Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen festzulegen.

Im Koalitionsvertrag wird darauf geachtet, dass die Aufgaben in kommunaler Verantwortung gut erfüllt werden können. Wo es Verbesserungs- oder Anpassungsbedarf gibt, soll dies gemeinsam mit den Landkreisen, Städten und Gemeinden angegangen werden.

Das Kommunale Investitionsprogramm (KIP) wird fortgeführt. Die bisherigen Schwerpunkte Bildung, Brand- und Katastrophenschutz sowie Sport sollen gegebenenfalls um weitere Schwerpunkte ergänzt werden.

Brand- und Katastrophenschutz

Die Mittel für Brand- und Katastrophenschutz werden zur Bewältigung der aufgrund des Klimawandels gestiegenen Anforderungen erhöht. Für die Brandbekämpfung aus der Luft wird weiterhin auf Hubschrauber der Bundeswehr und der Bundespolizei zurückgegriffen. Zusätzlich sollen flankierende Möglichkeiten in Anspruch genommen werden, beispielweise Leistungen des THW (Löschflugzeuge).

Öffentlicher Dienst

Die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes werden wir stärken. Dabei hat die Gewinnung von Fach- und Nachwuchskräften hohe Bedeutung. Befristete Arbeitsverhältnisse werden reduziert.

6. Umweltschutz und Landwirtschaft

Landwirtschaft

Brandenburg liegt beim Anteil der ökologischen Landwirtschaft bereits über dem Bundesdurchschnitt. Die Sondierungsparteien streben an, den Anteil der ökologischen Landwirtschaft durch einen Aktionsplan weiter deutlich zu erhöhen. Der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft darf nicht zu Lasten bestehender Betriebe stattfinden, die einen unverzichtbaren Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten und Garant für Wertschöpfung und Beschäftigung im ländlichen Raum sind.

Regelungen zur Flächenbezogenen Tierhaltung, zu Bestandsobergrenzen nach Bundesimmissionsschutzgesetz sowie der Verstetigung und Verbesserung von Weideprämien werden angestrebt. Die Sondierungsparteien wollen eine Nutztierstrategie entwickeln, Tierschutzstandards erhöhen und den Landestierschutzplan gemeinsam mit den Partnern weiterentwickeln.

Es wird eine Förderrichtlinie des Landes für Investitionen in den Tierschutz in Brandenburg eingeführt und weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Tierschutzvereine geprüft. Wir werden landesweit Vollzugsstandards definieren, um die Vollzugsdefizite bei den Veterinärämtern zu beheben und um einheitliche Kontrollen zu gewährleisten.

Die neuen naturschutzrechtlichen Regelungen im Bund in Bezug auf den Wolf gelten und werden daher auch in Brandenburg zur Anwendung gebracht. Wir setzen auf die Stärkung der Weidewirtschaft, Prävention, Entschädigung und die Entnahme von Problemwölfen.

Gemeinsames Ziel der Sondierungsparteien ist der Ausbau der regionalen Produktion und Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte. Grüne Gentechnik wird in Brandenburg weiterhin nicht angewendet.

Die Sondierungsparteien beabsichtigen ein Agrarstrukturgesetz zu erarbeiten, um den Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen und Anteilen an Landwirtschaftsbetrieben durch außerlandwirtschaftliche Investoren zu erschweren. Landeseigene Agrar- und Forstflächen sollen grundsätzlich nicht mehr verkauft werden. Mit dem Bund wird über die Überführung der verbleibenden BVVG-Flächen in Landesbesitz verhandelt werden. Dazu wird eine Bundesratsinitiative eingebracht.

Waldumbau und Naturschutz

Die klimapolitische und aus Brandschutzgründen wichtige Aufgabe der Waldpflege und des Waldumbaus hat Priorität. Deshalb sind die rasche Beseitigung der Schäden durch Brand und Dürre sowie ein langfristiges Aufforstungsprogramm für diese Flächen im Koalitionsvertrag zu verankern. Die Sondierungsparteien messen dem Schutz von Natur- und Artenvielfalt eine hohe Bedeutung bei. So soll zum Beispiel ein Programm zum Erhalt und zur Erweiterung von Mooren aufgelegt, der Insektenschutz weiter verbessert und Blühstreifen gefördert werden.

Beim Natur- und Umweltschutz wollen wir an die Erfolge in der Gründungsphase unseres Landes anknüpfen, das Großschutzgebietsystem weiter aufwerten, die Biodiversitätsstrategie des Bundes umsetzen sowie Schutz und Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen miteinander verbinden. Über den Umgang mit den Volksinitiativen zum Artenschutz werden in den Koalitionsverhandlungen Vereinbarungen erzielt.

7. Gesundheit, Soziales und Gesellschaft

Gesundheit und Pflege

Wir werden eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung im ganzen Land sichern und ambulant-stationäre Versorgungszentren weiterentwickeln. Alle Krankenhausstandorte in Brandenburg spielen eine große Rolle für die medizinische Versorgung in den Regionen. Deshalb wollen wir sie erhalten. Die Mediziner Ausbildung in Brandenburg werden wir weiter ausbauen und unterstützen. Dem Fachkräftemangel im Gesundheitswesen soll mit einer Strategie zur Verbesserung der Ausbildung von Hebammen, Pflegekräften und Medizinerinnen und Medizinern begegnet werden.

Die Sondierungsparteien stimmen darin überein, dass ein würdiges Leben im Alter unabdingbar ist. Die Pflege von Menschen darf weder für die Betroffenen noch für die Angehörigen zum Armutrisiko werden. Deshalb werden wir uns für eine solidarisch finanzierte Pflegevollversicherung mit gedecktem Eigenanteil einsetzen. Um die großen Herausforderungen im Bereich der Pflege zu bewältigen, werden wir einen Pakt für Pflege ins Leben rufen. Die Befragung zur Einführung einer Pflegekammer wird in den Koalitionsverhandlungen thematisiert.

Familien

Die Sondierungsparteien sehen es als ihre Pflicht an, Familien zu unterstützen und zu entlasten. Hierzu wollen wir uns über Maßnahmen zur gesundheitlichen Betreuung von Kindern, zur Bildung, zur

Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit sowie zum Ausbau einer familiengerechten Infrastruktur verständigen. Das Netzwerk Gesunde Kinder und Frühe Hilfen wollen wir weiterentwickeln. Die Sondierungsparteien räumen der Bekämpfung von Kinderarmut einen hohen Stellenwert ein. Alleinerziehende werden wir besonders unterstützen. Vom Bund eröffnete Möglichkeiten für Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer für junge Familien werden wir nutzen. Über die Ausgestaltung verständigen sich die Sondierungsparteien gemeinsam.

Queeres Brandenburg

Die Sondierungsparteien werden den Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ konsequent umsetzen, seine Maßnahmen und Projekte konkretisieren und weiter fortschreiben.

Senioren

Die Sondierungsparteien wollen, dass alle Menschen bis ins hohe Alter aktiv, selbstbestimmt und gleichberechtigt leben. Um die Belange der Seniorinnen und Senioren noch besser unterstützen zu können, werden wir unter anderem eine(n) Landesseniorenbeauftragte(n) berufen.

Menschen mit Behinderung

Für die Sondierungsparteien sind Menschen mit Behinderungen ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Wir werden verstärkt daran arbeiten, gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen.

Sport

Die Sondierungsparteien sind sich einig, dass Sport ein wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Sport vermittelt Werte, bringt Menschen zusammen und ist ein wesentlicher Bestandteil eines gesunden Lebensstils. Daher werden wir die Sportförderung auch in den nächsten Jahren an die Mitgliederzahlentwicklung und die Kostensteigerungen anpassen.

Kultur

Die Sondierungsparteien verstehen Kultur als ein öffentliches Gut. Kultur muss allen zugänglich sein, unabhängig von Elternhaus, Einkommen, Abstammung, Bildung oder Gesundheit. Kultur darf nicht ausschließlich wirtschaftlichen Gesichtspunkten untergeordnet werden. In diesem Sinne werden wir die kulturpolitische Strategie des Landes Brandenburg einschließlich der Förderung der Musik- und Kunstschulen weiterentwickeln. Der Gedenkkultur an die Opfer von Gewaltherrschaft und Diktatur messen wir eine wichtige Bedeutung bei.

8. Infrastruktur

Wohnungsbaupolitik

Unter Einbeziehung der Kommunen und der im „Bündnis für Wohnen“ zusammengeschlossenen Akteure sowie in enger Abstimmung mit dem Land Berlin und seinen Wohnungsbaugesellschaften wird das Land eine Wohnungsbaupolitik attraktiver gestalten, um die Nutzung der Förderung deutlich zu erhöhen. Genossenschaften, kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Baugemeinschaften für Eigennutzung sollen deutlich unterstützt werden. Bei der Vergabe von Landesflächen soll verstärkt Konzeptvergaben zum Zuge kommen. Im weiteren Verlauf der Gespräche wird geprüft, ob damit allen regional sehr unterschiedlichen Problemen ausreichend begegnet wird.

Zur Durchsetzung sozial gerechter und ausgewogener Mieten prüfen wir eine wirkungsvollere Regulierung der Mieten für nicht preisgebundene Wohnungen (Mietpreisbremse).

Wir werden die Voraussetzungen zur Abgabe von landeseigenen Liegenschaften zu günstigen Konditionen für Zwecke des Wohnungsbaus an Kommunen, kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften verbessern.

Verkehr

Die Sondierungsparteien sind sich einig, dass der Ausbau des Öffentlichen Verkehrs Priorität hat. Das Infrastrukturprojekt „i2030“ wird gemeinsam mit dem Bund und Berlin umgesetzt. Darüber hinaus wird ein Reaktivierungsprogramm für weitere Schienenstrecken erarbeitet. Wir brauchen nicht nur neue Regional- und S-Bahn-Verbindungen, sondern auch Angebotssteigerungen im ganzen Land. Dabei nutzen wir alle Möglichkeiten der Planungsbeschleunigung. Die Sondierungsparteien sind sich einig darin, dass wir eine Angebotssteigerung im ganzen Land brauchen, die sowohl für Pendler als auch für die Anbindung berlinferner Regionen eine deutliche Verbesserung bewirkt. Die Sondierungsparteien streben eine stärkere Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs als Maßnahme der Daseinsvorsorge und des Klimaschutzes an und werden die Einführung des 365 Euro Tickets prüfen.

Das Fahrradwegenetz wird ausgebaut, die Kommunen bei der Sanierung von Fahrradwegen unterstützt und das Mitführen von Fahrrädern in Bussen und Zügen erleichtert.

Wir prüfen zur Reduzierung von Staus die Einführung eines strukturierten Baustellenmanagements. Wir halten am Beschluss des Landtages zum Volksbegehren Nachtflugverbot BER fest.

Digitalisierung

Die Sondierungsparteien sind sich darüber einig, dass das Land die Möglichkeiten und Chancen der alle Gesellschafts- und Lebensbereiche erfassenden Digitalisierung nutzen muss, um das Land moderner, lebenswerter, wettbewerbsfähiger und attraktiver zu machen. Grundlage dafür ist als Teil der Daseinsvorsorge ein flächendeckender Zugang zu leistungsstarken und zukunftsfähigen Breitband- und Mobilfunknetzen auch und besonders in den ländlichen Räumen. Schwerpunkt dabei ist, die Digitalisierung in der Bildung und im Gesundheitswesen zum Nutzen aller voranzutreiben. Dazu gehört auch eine bürgernahe Modernisierung der Dienstleistungsangebote der öffentlichen Verwaltung im Sinne eines umfassenden E-Governments. Dabei wird das Land die Kommunen unterstützen.

9. Ostdeutsche Interessen

Die Sondierungsparteien stimmen darin überein, dass Brandenburg für die berechtigten Interessen Ostdeutschlands eintreten muss. Noch immer sind Ostdeutsche in Führungspositionen – in Verwaltung und Justiz, Wirtschaft und Medien, Wissenschaft und Kultur – unterrepräsentiert. Wir werden mit gutem Beispiel vorangehen und uns dafür einsetzen, dass die Repräsentationslücke geschlossen wird.

Die meisten politischen, gesellschaftlichen und sozialen Zukunftsfragen stellen sich in ganz Deutschland, treten im Osten aber verstärkt auf oder sind anders gelagert. Damit Ostdeutschland strukturelle Nachteile wettmachen kann, braucht es einen nachweisbaren „Vorsprung Ost“ auf wichtigen Zukunftsfeldern, um neue Industrien, neue Arbeitsplätze und Menschen dauerhaft in die Region zu ziehen.

Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung ausgeglichen werden. In Zusammenarbeit mit den Opferverbänden und der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) werden wir die Situation von Opfern des SED-Regimes weiter verbessern.

10. Haushalt

Normenkontrollklage gegen den Doppelhaushalt

Im Falle der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen wird der Vorsitzende der CDU-Fraktion den für das Klageverfahren bevollmächtigten Rechtsbeistand anweisen, unverzüglich gegenüber dem Landesverfassungsgericht das Ruhen des Normenkontrollverfahrens gemäß § 13 VerfGGBbG i.V.m. §§ 173 VwGO, 251 ZPO zu beantragen.

In der Begründung des Antrages wird ausgeführt, dass die künftigen Koalitionspartner beabsichtigen, im Rahmen eines Nachtragshaushaltsverfahrens einen Beschluss durch den 7. Landtag Brandenburgs herbeizuführen, mit dem vorsorglich etwaige Legitimationsmängel bezüglich des Stammhaushaltes geheilt werden.

Haushaltssituation

Zur Haushaltssituation des Landes und zur Situation am BER (Baufortschritt, Finanzen) wird es zu Beginn der Koalitionsverhandlungen Informationsgespräche geben.

Leitlinien der Finanzpolitik sind Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit und soziale Verantwortung. Ziel ist es, keine neuen Schulden aufzunehmen, sondern bestehende Verbindlichkeiten abzubauen. Gleichzeitig wollen wir in Infrastruktur, Bildung/Wissenschaft und Klimaschutz investieren.

11. Zusammenarbeit

Die Koalitionspartner verpflichten sich, ihre Zusammenarbeit durchweg in enger, vertrauensvoller und konstruktiver Weise zu betreiben. Die Koalitionspartner werden durchgängig darauf achten, nach außen jederzeit die Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit der Koalition zu demonstrieren. Zur Klärung inhaltlicher Differenzen werden die Partner stets in sachgemäßer und lösungsorientierter Weise das direkte Gespräch miteinander suchen und hierfür regelmäßige Mechanismen in der Koalitionsvereinbarung festschreiben.